

Pränumerations-Preise

| | |
|-------------------------|----------------------------|
| Für Arab: | Mit Postversendung: |
| Ganzjährig 14 fl. — fr. | Ganzjährig . . . 16 fl. |
| Halbjährig 7 „ — „ | Halbjährig . . . 8 „ |
| Vierteljährig 3 „ 50 „ | Vierteljährig . . . 4 „ |

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Redaktions- u. Administrations-Bureau
 Hauptplaz, im Binkler'schen Neugebäude, 1. Etod.

Für das Ausland übernehmen Aufträge für Inserate die Herren **Haasenstein & Vogler** in Wien (Postgasse Nr. 9), **Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a. M., Basel;** die **Jäger'sche Buchhandlung** in Frankfurt a. M. und **A. Schulz & Comp.** in Leipzig. — In Wien: **A. Oppelit.**

Manuscripte werden nicht zurückerstattet.

Uradner Zeitung.

Nro. 290.

Dienstag den 17. December 1867.

XVI. Jahrgang.

Einladung zur Pränumeration

auf das erste Semester

— Jänner—Juni 1868 —

der

„Uradner Zeitung“

Pränumerations-Preise:

| für Arab | | für Auswärtige | |
|------------------------------------|--------------|-------------------------------|--------------|
| mit täglicher Zustellung ins Haus: | | mit täglicher Postversendung: | |
| Ganzjährig | 14 fl. — fr. | Ganzjährig | 16 fl. — fr. |
| Halbjährig | 7 „ — „ | Halbjährig | 8 „ — „ |
| Vierteljährig | 3 „ 50 „ | Vierteljährig | 4 „ — „ |
| Monatlich | 1 „ 20 „ | Monatlich | 1 „ 40 „ |

Indem wir hiemit zur Erneuerung, respective zum Eintritt zur Pränumeration höflichst einladen, sprechen wir die Bitte aus, die Pränumeration um so gewisser **noch im Laufe dieses Monats** gütigst veranlassen zu wollen, als wir zum Beginn des neuen Quartals — ohne Ausnahme — nur jene Exemplare versenden werden, welche bis zum 31. d. M. pränumerirt worden sind.

Die Pränumerationsgelder bitten wir **franco** einzusenden zu wollen.

Arab im December 1867.

Die Administration.

Aus dem Reichstage.

Unterhausung vom 14. December.

Nach Authentication des vorigen Sitzungsprotocolls und nach Erledigung mehrerer Einkläufe überreichte der Abgeordnete Paul Király eine Petition des „egyenlösi kör“ (Gleichheits-Club), in welcher das Haus um chemigligste Effectuirung der „bürgerlichen Rechtsgleichheit“ gebeten wird; worauf das Haus zur Tagesordnung überging, auf welcher sich die Generaldebatte über den Staatsschuldenbeitrag befand.

Den Reigen der Redner eröffnete Ludwig Dlgbay. Derselbe wollte nachweisen, daß die Nation ihr Vertrauen gegenüber eines Ausgleiches eingebüßt habe, indem er auf die Geschichte hinweist, auf deren Blättern die öfters stattgefundenen Wortbrüchigkeit verzeichnet ist, deshalb wünscht Redner die Vorlage der auf den in Verhandlung stehenden Gegenstand bezüglichen Daten, und findet sich aus diesem Grunde veranlaßt, für den Antrag Coloman Tiffa's zu stimmen.

Nach diesem wurde der Name Franz Deák's aufgerufen. Im Hause entstand eine geräuschvolle Bewegung. Zedermann heulte sich, seinen Platz einzunehmen, denn Alle waren überzeugt, daß die Verathung ihren Wendepunct erreicht habe. Lautlose Stille herrschte im Hause, als der gefeierte Patriot begann, und im Wesentlichen Folgendes sprach:

„Die vorliegende Frage ist nicht nur eine juristische, sondern, und vorwiegend, eine politische. Wäre dieselbe nur eine juristische, so könnten wir uns darauf berufen, daß die Staatsschulden ohne Ungarns constitutionelle Einwilligung gemacht wurden, und daher Ungarn zur Uebernahme eines Theiles derselben auf verfassungsmäßiger Grundlage nicht verhalten werden könne. Wäre diese Frage lediglich eine finanzielle, so könnten wir erwidern, daß wir allerdings beitragen wollen, jedoch erst dann und so viel, wenn und wieviel nach Bedeckung unserer eigenen Auslagen von den Staatseinnahmen übrigbleibt. Da aber die Frage eine politische sei, insbesondere da durch dieselbe unsere wichtigsten, tief in das Innerste des nationalen Lebens einschneidenden Interessen berührt werden, so sind es eben diese politischen Gründe, welche uns veranlassen, an den Staatsschulden zu participiren.“

Als Ungarn die österreichische Dynastie auf den Thron des heiligen Stefan berief, thaten dies unsere Ahnen aus der Ueberzeugung, daß sie vereinzelt und ohne Beistand den Feinden des Vaterlandes nicht zu widerstehen vermöchten. Und nun fragt Redner, ob wir jetzt nicht in eben einer solchen Lage wären wie damals? Wohl sei der Türke nicht mehr gefährlich, er ist uns auch nicht mehr feind, vielmehr ein Freund, aber in Europa haben sich seither große Staaten gebildet, unter welchen Ungarn allein ohne Stütze sich selbst überlassen nicht bestehen kann, die, wenn ihnen und ihren Interessen Ungarn im Wege ist, dasselbe wie der Sturmwind wegwegen würden.

Wo aber auf der ganzen Erde fänden wir einen Bundesgenossen, der unseren Interessen besser entspräche, als das seit Jahrhunderten durch die Gleichartigkeit der Interessen uns nahehestehende Oesterreich? Verbänden wir uns mit einer Großmacht, so wären wir der Absorption Gefahr ausgesetzt! Wenn wir uns hingegen unseren kleineren Nachbarn anschließen, so müßte Ungarns territoriale Integrität unbedingt aufgeopfert werden, was dann den Samen der Zwietracht in sich bergen würde. Ungarn dürfe nie eine Annexions-Politik betreiben, das wäre ein Fehler, mehr noch, es wäre ein

Verbrechen. (Beifall.) Und deshalb will Redner Ungarns Bundesgenossen nicht täuschen. (Beifall.)

Redner ist überzeugt, daß es im Hause kein Mitglied gäbe, welches die Satzungen der pragmatischen Sanction auflösen wollte, denn an dieselben sind die Interessen des Landes geknüpft. Derjenige aber, der nur aus Achtung vor dem Gesetze und weil es unerlaubt ist, die pragmatische Sanction nicht lösen will, der wäre demjenigen zu großen Opfern bereit, der dieselbe auflösen würde.

Die Last der Staatsschulden ist so groß, daß, wenn wir einen Theil derselben nicht übernehmen, die andern Länder seiner Majestät unter denselben jedenfalls zusammenbrechen müssen, woraus für uns der Schaden erwüchse, daß sie uns dann nicht zur Stütze dienen könnten, die pragmatische Sanction aufrecht zu erhalten, und aus diesem Grunde ist es unsere Pflicht, ihnen, wenn auch mit großen Opfern, beizustehen. Dies ist der erste politische Grund.

Der zweite politische Grund ist darin enthalten, daß heut zu Tage, durch den ausgebreiteten Handel, die Geldmacht über die ganze Welt ausgebreitet ist, und man nicht mit einem Federstrich 3000 Millionen aus dem Vermögen Europa's hinwegstreichen könne.

Den dritten politischen Grund zieht Redner aus den Erfahrungen der Vergangenheit. Und nun setzt Redner auseinander, was die Ursachen gewesen, daß Ungarns materieller Wohlstand seit der pragmatischen Sanction nicht zunehmen konnte. Hier wäre ein verfassungsmäßiges Leben gewesen, jenseits der Leitha aber eine absolute Regierungsform, wodurch es gekommen, daß unser Handel, unsere Industrie, das Aufblühen unserer materiellen Verhältnisse, verhindert wurde, dies habe nicht der ung. König, sondern der absolute österreichische Kaiser gethan.

Da also die materiellen Interessen stets die entscheidenden sind, sei es nöthig, dahin zu wirken, daß diese mit einander nicht in Collision gerathen, und dies ist auch die Garantie des Constitutionalismus.

Nun setzt Redner auseinander, was die Reaction sei. Die Phalanx, die sich Reaction nennt, ist sehr klein, wenn wir jedoch die materiellen Interessen der Völker in Gegensatz bringen, so wächst dieselbe riesengroß heran. Erinnern wir uns nur dessen, als man uns im Jahre 1848 die Uebernahme von 200 Millionen Staatsschulden, beziehungsweise deren Zinsen, zumuthete. Wir wiesen dieses Ansuchen damals zurück, und dies ist kein Fehler gewesen, wohl aber war es ein Fehler von uns, den ich lieber auch bezugang, daß wir die transleithanischen Länder nicht sogleich aufforderten, uns diesbezüglich miteinander im Wege der Billigkeit auszugleichen. Die Deutsch-Liberalen waren Anfangs nicht unsere Gegner, und erst nach dieser Zurückweisung traten sie gegen uns auf, denn in dieser Zurückweisung erblickten sie die Gefährdung ihrer materiellen Interessen. Wo stünden wir heute, wenn wir damals dem Billigkeitsgeföhle folgten, einen Theil der Staatsschulden übernommen hätten! Es gäbe keine 3000 Millionen Schulden! Wiederholen wir diesen Fehler nicht, denn die größte Verschwendung ist jene, wenn man schon die Erfahrung bezahlt hat und derselben noch nicht folgt. Kann es wohl Jemand glauben, daß wenn die Monarchie in Trümmern ginge, diese Schulden unbezahlt bleiben würden? Glaubt es wohl Jemand, daß man sich dann nicht bemühen würde, uns möglichst viel aufzubürden?

Und nun sich an die äußerste Linke wendend, sagt Redner: Sie erachteten es für wenig, was wir besäßen und daß die Nation, wenn man sie fragte, ob sie mit dem Ertrugenen zufrieden sei, „Nein“ antworten würde. Dies sei aller-

dings wahr, wenn man die Nation fragt, „ob sie auch zufrieden sei?“ und es sei nur natürlich, wenn sie mit „Nein!“ antwortet. Wenn man aber fragte, ob die Nation wieder in jenen Zustand zurückkehren wolle, in dem sie war? so sei er überzeugt, daß die Zahl derjenigen, die dies wollten, eine verschwindend kleine wäre.

Zum Beweise dessen, daß die Nation den Ausgleich auf dieser Basis wolle, könne auch der Umstand dienen, daß trotzdem in den 61er Adressen der Reichstag seine Bereitwilligkeit, an den Staatsschulden zu participiren, aus politischen Gründen ausgesprochen hat, sie dennoch bei den Wahlen im Jahre 1865 beinahe alle Vertreter wieder gewählt habe, was wohl ein genügender Beweis dessen sei, daß die Nation den Beitrag zu den Staatsschulden billige. Würde man bloß fragen, ob wir 29 Millionen zahlen wollen, so möchte die Nation und auch wir dies verneinen, wenn wir aber berücksichtigen, daß es das Interesse des Vaterlandes gebiete, zu den Staatsschulden beizutragen, so sei es natürlich, daß man mit „Ja“ antworte. Redner kennt drei Verantwortlichkeiten: vor Gott, vor dem eigenen Gewissen und der Nation. Wenn ich — sagt der gefeierte Patriot — mich vor den beiden ersten verantworten kann, dann, so schmerzlich es mir auch fiele, nähme ich auch die Mißbilligung der Nation auf mich. Der größte Schlag ist es, wenn man vor Gott und seinem Gewissen sich nicht verantworten kann. In meinem tiefsten Innern bin ich überzeugt, daß wenn wir den Gesetzentwurf annehmen, wir das Wohl des Vaterlandes fördern, und wenn dann die Nation auf mich auch den Stein wirft, so werde ich es ruhig hinnehmen, denn ich weiß, ich habe meine Pflicht gethan. (Lebhafter Beifall.) Und eben deshalb stimme ich für die Annahme des Gesetzentwurfes.“ (Stürmische, nicht enden wollende Gens.)

Nach Deák sprach Paul Pap, der sich im Sinne der äußersten Linken für den Antrag Madarás' erklärte; diesem folgte Ludwig Badnay, der in kurzer, aber gehaltvoller Rede für den Gesetzentwurf stimmte, worauf der Redner des Hauses Sigmund Bernáth mit klarer Stimme für die Vorlage der Daten plaidirte und daher für den Antrag Coloman Tiffa's stimmte. Dann wurde Kucz aufgerufen. Derselbe erläuterte mit scharfen Argumentationen die Gründe, die ihn zur Annahme des Gesetzentwurfes bewegen.

Präsident Szentiványi übergibt den Vorsitz an den zweiten Vicepräsidenten des Hauses, Salomon Gajzágó.

Jetzt kam die Reihe an den gewandtesten Redner der äußersten Linken, und Josef Madarás betrat in elegantem schwarzen Anzuge die Rednerbühne. Die Motive, welche der Redner gegen den Gesetzentwurf vorbrachte, sind durch seine Parteilichkeit im Hause, und durch den von ihm gegen diesen Gesetzentwurf eingebrachten Gegenantrag sattsam bekannt. In seiner Rede wendet er sich der Reihe nach an die Redner der Rechten, und so kam denn zuerst Paul Somssich an die Reihe. Derselbe folgte Baron Gabriel Kemény, dann Julius Kautz, später Franz Pulszky, dann wieder der Ministerpräsident, endlich Franz Deák, die Redner Alle zu widerlegen suchte. Wie ihm dies bis hierher gelungen, bewies das Verhalten des Hauses, welches er bald zur Heiterkeit erregte, öfters noch dessen höchste Mißbilligung einerntete.

Um 2 Uhr beantragte der Präsident auf den Wunsch Madarás' eine 10 Minuten lange Unterbrechung der Sitzung, da Madarás noch länger sprechen wolle und dieser einer kurzen Erholung bedürfe. Das Haus gebt auf diesen Antrag bereitwillig ein, da Madarás die Geduld der Repräsentanten allzufehr auf die Probe stellte. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach Madarás noch eine Stunde lang. Ihm folgte Coloman Tiffa, welchem im Sinne der Hausordnung als Antragsteller das Schlußwort zukommt. Redner constatirt zunächst mit Freuden die vom Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung, daß es keine Camarilla, keine Reaction gebe. Neues führt Tiffa in seinem Schlußworte nicht an; er vertheidigt seinen bekannten Antrag, indem er die Aufseherungen mehrerer Redner von der Rechten zu widerlegen versucht. Die diesmal schwache Rede Tiffa's erntete auch nur einen sehr matten Beifall.

Ein Antrag des Präsidenten, den Schluß der Generaldebatte auf morgen zu vertagen, wo auch die Abstimmung stattfinden werde, erhielt nicht die Zustimmung des Hauses und erhielt demzufolge Carl Kerkápolhi, als Berichterstatter des Centralausschusses, das Wort. In langer, wohl-motivirter Rede bekämpft Kerkápolhi die von der Linken geltend gemachten Argumente gegen die Regierungsvorlage mit durchschlagendem Erfolge, der sich in wiederholten lauten Beifallsbezeugungen kundgibt. Redner schließt um 4 Uhr seinen höchst gelungenen Vortrag für den Gesetzentwurf und wird von seinen Freunden und den anwesenden Ministern lebhaft beglückwünscht.

Paul Szontágh (aus Neograd) will im Protocolle constatirt wissen, daß die Paragrafe der Hausordnung nichts darüber enthalten, wonach dem Berichterstatter beim Schluß der Debatte das Wort gebühre. Der Präsident erklärt unter Zustimmung des Hauses, daß dieses Vorgehen auf einem Mißverständnis beruhe und vertagt die Sitzung, beziehungsweise die Abstimmung über die Regierungsvorlage auf morgen Mittags 12 Uhr.

Unterhausung vom 15. December.

Nach Authentication des Protocolls überreicht Boni ben bei Gelegenheit der Quotenabgabe angemeldeten Beschlus Antrag, laut welchem das Haus gegen alle Consequenzen sich verwahren soll, die etwa aus dem Umstande gezogen werden könnten, daß namhafte Einkünfte der Militärgrenze unmittelbar der Verwaltung des Wiener Kriegsministeriums untergeben sind. Der Antrag wird verlesen, soll in Druck gelegt und seinerzeit auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Redactions-Exemplar.

J. N. St. G.

Nicolaus Kis interpellirt den Communicationsminister wegen des Uebelstandes, daß auf den Bahnhöfen große Getreidequantitäten den Unbilden der Witterung im Freien durch längere Zeit ausgezsetzt zu sein pflegen, und fragt: ob die Regierung hiervon Kenntnis habe und was zur Abhilfe geschehen sei oder geschehen werde.

Communicationsminister Graf Mikó (der während der Rede des Interpellanten den Saal betritt) bittet um schriftliche Ueberreichung der Interpellation, die auch erfolgt. Auf der Tagesordnung: Schluß der Generaldebatte über das Staatsschuldengesetz.

Finanzminister Vónháy bemerkt Eingangs seiner Rede, daß er sich kurz fassen werde, indem vor ihm gediegene Redner, besonders Deák (Eisenrufe in Centrum und auf der Rechten) den Gegenstand in überzeugender Weise behandelt hätten. Er wolle bloß den Standpunkt der Regierung in der vorliegenden Frage, ihre Zwecke und Mittel bei Lösung derselben darlegen. Das Ministerium sei sich seiner Verantwortlichkeit wohl bewußt gewesen, es habe überdies vorhergesehen, daß es jedenfalls auf Widerspruch von mehrfacher Seite stoßen werde, gleichviel in welcher Art ihm die Lösung gelingen werde: doch es habe mit Zuversicht auf die Zustimmung des größeren Theiles der Nation gerechnet, die den im Dierartikel Deák's ausgesprochenen Principien sich angeschlossen. Der Zweck, welchen das Ministerium erreichen wollte, sei der gewesen: unter sorgfamer Beachtung der materiellen Interessen des Landes und mit Berücksichtigung der in den andern Ländern Seiner Majestät bestehenden Verhältnisse einen Ausgleich zu Stande zu bringen. Als Mittel zur Erreichung dieses Zweckes habe sich der Weg geboten, daß durch eine freiwillige Einigung den beiderseitigen Wünschen nach Erwägung aller einschlägigen Verhältnisse Rechnung getragen werde. Es müßten somit auch die Interessen der Erbländer von ihr berücksichtigt werden, deshalb habe sie den von der Linken eingebrachten Antrag nicht acceptiren können, der einzig die Interessen Ungarns im Auge habe.

Die Vorlage des Budgets, zu dem Zwecke, selbes als Ausgangspunkt für die anzubietende Beitragssumme zu benutzen, sei unzumuthbar, unmöglich und überflüssig zugleich. Bevor die Delegationen das gemeinsame Budget votirt hätten, sei die Feststellung des Landesbudgets unmöglich; diejenigen allgemeinen Daten, die das Ministerium jetzt schon habe liefern können und dürfen, habe es sowohl der Deputation in Wien als auch den Sectionen dieses Reichstages bereitwillig mitgetheilt, worüber Ghyczy und Vónis selbst Zeugenschaft ablegen könnten. Die Behauptung Tiska's, daß durch Vorlage des Budgets bloß eine Verzögerung von einigen Tagen verursacht würde, könnte als richtig bloß dann gelten, wenn sich der geschätzte Abgeordnete mit dem vom Ministerium vorgelegten und verlangten Posten ohne Weiteres zu begnügen beabsichtigt; dann aber könne dieses bloß darauf verweisen, was es schon gesagt. Tiska und das Haus könnte sich jedoch damit unmöglich begnügen, das Haus müßte das Budget votiren und daß in diesem Falle die Verzögerung nicht bloß einige Tage betragen dürfte, sei überflüssig zu beweisen. (Sehr richtig.) Ueberdies müßte man immerhin auf das Resultat der Budgetdebatten in den Delegationen warten, denn diese hätten nicht den Beruf, zu Allem, was die Regierung verlange, bejahend mit dem Kopfe zu nicken. („Doch! Doch!“ auf der äußersten Linken.)

Man frage, ob Ungarn ein Deficit haben werde? Die Antwort hierauf sei eine schwierige. In Staaten mit langjähriger parlamentarischer Praxis brauche man, um auf derartige Fragen zu antworten, bloß auf die früheren Budgets zu verweisen, und könne aus diesen mit Leichtigkeit und einiger Sicherheit Schlüsse auf die zukünftigen ziehen. Doch Ungarn gehe daran, sein erstes verfassungsmäßiges Budget zu votiren; wer könne da bestimmen, von welchem Einflusse, von welcher Tragweite die zu beschließenden Reformen, Ersparungen u. d. gl. sein würden. Die einzige Antwort sei die, daß es vom Reichstage allein abhängt, ob Ungarn hinsichtlich ein Deficit haben werde oder nicht. (Sensation.) Würde man es verstehen, die Nation zu anhaltender Arbeitsamkeit und weiser Sparsamkeit anzuregen, so werde Ungarn kein Deficit haben. Frage man ihn übrigens, ob Ungarn speciell für 1868 ein Deficit haben werde, so müsse er antworten, daß dies seiner Ansicht nach allerdings der Fall sein werde. Hinsichtlich der möglichen Ersparungen wolle er übrigens bloß darauf verweisen, daß dieses Ministerium trotz der mit der Neuorganisation unaußweichlich verbundenen Kosten, doch in 9 Monaten mehr als 1 Million gegen die früheren Verwaltungskosten erspart habe. Die Legislative möge eine weise Sparsamkeit und practisch wirksame Enttreibung der Einnahmen möglich machen, und diese würden sich continuirlich heben; Ordnung und Freiheit würden die Tragung der großen Lasten erleichtern.

Bezüglich der angeregten Idee eines Staatsbankrottes sei es seine Ansicht, daß zu diesem äußersten und keineswegs lobenswerthen Mittel erst dann gegriffen werden dürfe, wenn alle andern erschoöpft wären, wenn man zu der Ueberzeugung gelangt sei, daß der Staat in keinem Falle und selbst nicht bei Anspannung der letzten Kräfte, die Schuldenlast zu ertragen vermöge. Diese Ueberzeugung nun habe sich Oesterreich noch nicht verschafft; noch habe es Mittel, um auch ohne Staatsbankrott sich helfen zu können.

Von solidarischer Haftbarkeit spreche der Gesetzentwurf nicht; daß in selbem auch von den Erbländern die Rede, sei natürlich, da derselbe doch ein zweiseitiger Vertrag.

Daß Ghyczy die Forderungen Ungarns an Oesterreich aus den ältesten Zeiten hervorgehoben und in Rechnung gesetzt habe, sei ihm aus dem Grunde sehr lieb, da jenseits Männer aufgetreten seien, die hinwiederum Ungarn die Kosten der Türkenkriege anrechnen wollten. Nach dem Wortlaute des Gesetzes sei übrigens beides unsinnhaft. Redner ist der Ansicht, daß sich von Abschluß der jetzt behandelten Verträge eine Epoche des Wohlstandes und der Blüthe für Ungarn datiren werde; die Umstände seien dem Abschlusse jetzt günstiger denn je; man möge durch unnützes Zögern nicht eine kostbare Zeit und das günstige Glück verzögern (Beifall im Centrum und auf der Rechten! Hohnlachen auf der äußersten Linken.)

Aus all diesen Gründen empfiehlt Redner die Annahme des Gesetzentwurfes. (Eisenrufe.)

Von 40 Abgeordneten beider Parteien wird namentliche

und öffentliche Abstimmung verlangt. Diefelbe ergibt 299 Stimmen für, 110 Stimmen gegen die Annahme des Gesetzentwurfes als Gegenstand der Specialdebatte. 3 Abgeordnete, der Präsident mitgerechnet, enthielten sich der Abstimmung, 60 waren abwesend.

Die Specialdebatte über den Gesetzentwurf wird morgen aufgenommen.

Journalstimmen.

Arad, 16. December.

Ueber die gestrige Rede Deák's sagt „Napó“: Das Characteristische auch der heutigen Rede Deák's ist die Einfachheit. Kurz und klar hat er die Frage erläutert und direct auf das Ziel hingewiesen. Er trug die Motive ohne Färbung vor und ging absichtlich allen von der Eloquenz gebotenen Vortheilen aus dem Wege, und nach den Konsequenzen, die er aus der Gruppe seiner Motivirungen gezogen, blickten dankbar die Augen so vieler auf ihn und fühlen so viele sich erleichtert, denn aus dem Wirrwahl, das durch die gegnerische Meinung hervorgerufen worden, kam nur das Wort des Weisen den sichersten Weg anzuzeigen. Aufrecht und würdevoll war seine heutige Rede. Als der große Redner das 1848er Los der Staatsschuldenfrage berührte und auch sich selber, als ein Mitglied der damaligen Regierung, den letzten Versuch zu machen, da hat das ganze Haus die Aufrichtigkeit Deák's anerkannt. Und als er mit gehobener Stimme, mit den Worten des mannhafsten Selbstgefühls sagte: drei Mächte kenne ich: Gott, das Gewissen und die Nation — und als er diese Worte weiter entwickelnd mit gedämpftem Tone die innern Gefühle zeichnete, welche das Bewußtsein und die feste Ueberzeugung verschaffen — wer will da glauben, daß ein solches Selbstgefühl zusammenbrechen könne, wenn die Nation es mit Steinen bewirft? —

Noch einige Tage — sagt „Magyarország“ — und es wird der Grund zu einer neuen pragmatischen Sanction nicht nur zwischen dem Monarchen und dem Lande, sondern auch zwischen Ungarn und den übrigen Ländern Se. Majestät gelegt sein. Es erleide keine Zweifel, daß die 1867er Gesetze ihre Mängel haben, die erst die Zeit wird erkennen lassen; aber man dürfe das Werk nicht analitisch, sondern in seiner Gesamtheit betrachten, man müsse den Erfolg vor Augen haben, wodurch Ungarns besondere staatsrechtliche Individualität functionirt und das Verhältniß Ungarns zu den übrigen Ländern in's Klare gebracht und möglich gemacht wird, daß die beiden Theile ihre gegenseitigen Interessen fördern. Die 1867er Gesetze haben aber auch ihre Mängel, die in den Thatfachen liegen. Hierher gehören zunächst die finanziellen Zustände Oesterreichs, die Ungarn so große Opfer auferlegen. Der Verfasser wolle die Größe der Last nicht in Abrede stellen, müsse aber auf die Zukunft Ungarns und den Umstand verweisen, daß auch die übrigen Länder unter dieser Last seufzen, an der sie eben so schuldlos sind, als Ungarn. Bedauerlich sei die Thatfache auch deshalb, weil sie jener Opposition zur Stütze dient, die von einem Ausgleiche nichts wissen mag, und ohne es zu wollen, der Reaction zum Werkzeug dient. Indes müsse man auch einsehen, daß die Malcontenten eine verschwindend geringe Anzahl bilden, gegenüber der Masse des Volkes, die in dem Ausgleich eine constitutionelle und freiheitliche Erregung empfunden hat.

Aus dem Programm des unter der Redaction des Cultusministers von Neujahr an zu erscheinenden Blattes für Volksschullehrer entnehmen wir:

- Das Blatt wird die Aufgabe haben:
1. Alle auf das Volksschulwesen bezüglichen Erlasse mitzutheilen.
 2. Alle bedeutenden Ereignisse, mit Ausnahme politischer Angelegenheiten und
 3. Alle Erscheinungen auf dem Gebiete der Erziehung sowohl im Inn- als Auslande, zu besprechen.
 4. Die zur Volkserziehung nothwendigen Fachkenntnisse zu vermitteln.
- Das Blatt wird in allen Idiomen, die in Ungarn gesprochen werden, erscheinen und den Volksschullehrern gratis zugestellt; für das Publicum beträgt der Pränumerationspreis 3 fl. jährlich.

Außerordentliche General-Verammlung der städt. Repräsentanz.

(Sitzung vom 14. December.)

Vorsitzender: Bürgermeister Herr Ágél Peter.

Wie noch kaum in einer Sitzung unserer Repräsentanz zeigte sich schon lange vor dem Beginn der Verhandlungen der Saal in allen Räumen überfüllt und man konnte da Repräsentanten sehen, die, außer bei der Eidesabnahme, noch zu keiner einzigen Sitzung sich eingefunden hatten. Auch eine große Anzahl von Honorarbeamten der Stadt und sonstige zahlreiche Zuhörer aus der Mitte der Intelligenz unserer städt. Bevölkerung waren anwesend. Dies Alles ließ schließen, daß wir in diesem Saale einer parlamentarischen Schlacht im Kleinen — ein Sturm in einem Glas Wasser — zu erwarten haben. Schon das Erscheinen des Bürgermeisters kündigte den nahenden Kampf an; denn er wurde mit lauten, minutenlangen Eisenrufen empfangen. So begrüßt ein kampfbereites Heer seinen Führer. Nachdem der Empfangsjubel verhallt war, eröffnete der

Vorsitzende die Verhandlung mit der Mittheilung, daß 34 Repräsentanten gegen den Beschluß der Repräsentanz mit Bezug auf die Erhöhung der Gehalte der städtischen Beamten bei dem Ministerium in einer Petition sich beschwert und dieses habe in einem Erlasse die Petition mit der Anordnung einer abermaligen Verhandlung des berührten Gegenstandes zurückgesendet.

Es wird hierauf der Ministerialerlass und dann die Petition verlesen. Die Verlesung der letzten wird durch laute Aeußerungen des Mißfallens, durch Rufe: Lüge! Verleumdung! (hazugság! rágalom!) unterbrochen; denn als Hauptgrund ihrer Beschwerde führten die Vierunddreißiger an, daß sie bei der Verhandlung der Debatte über die commissionell vorgeschlagene Erhöhung der Gehalte terroristisch worden, daß eine große Anzahl von Repräsentanten, von dem Gegenstand der Verhandlung nicht früher in Kenntniß

geezt, abwesend waren und demnach der fragliche Beschluß von einer Minorität mit Hilfe der in großer Anzahl erschienenen wirklichen und Honorar-Beamten zu Stande kam. Wie während der Verlesung zu östern, so ertönte auch, nachdem das monströse Actenstück zu Ende gelesen war, ein lauter Schrei der Entrüstung durch die Versammlung. Nachdem der Sturm sich einigermaßen gelegt hatte, erhob sich der allverehrte Stadtrichter

Palló mit der Bitte, die Versammlung möge entschuldigen, daß er als erster Redner in dieser Sache aufträte, die Ehre des städtischen Beamtenkörpers aber, welche in dem verlesenen Actenstück in so gröblicher Weise angetastet wurde, erheische dringend eine Abwehr. In diesem Actenstück werde unter Anderem behauptet, daß zumeist Beamte für die Erhöhung der Gehalte gesprochen und gestimmt, diese Insinuation müsse er entschieden zurückweisen; denn gerade er war es, der den Antrag auf Regelung der Gehalte der städt. Beamten aus dem Grunde stellte, weil ihm von mehreren der unter ihm stehenden Beamten Gesuche um Gehaltserhöhungen oder Bewilligung von Vorwürfen zu östern überreicht wurden. Redner habe aber nur die Regelung der Gehalte im Verhältnisse zu den Gehältern selbst minderer Städte beantragt, doch dabei ausdrücklich bemerkt, daß er weder für noch gegen den Antrag spreche, weil er eben auch Beamter sei, wie dies auch aus dem Sitzungsbericht der „Arader Zeitung“ vom 24. October l. 3. klar hervorgehe. Das verlesene Actenstück werfe einen trüben Schleier auf unsere Zustände, denn daselbe beleidige nicht nur den gesammten Beamtenkörper, sondern in der Majorität dieser Versammlung auch die ganze Bevölkerung, aus deren Vertrauen sie hervorgegangen; Redner müsse daher im eigenen, wie im Namen des gesammten Beamtenkörpers gegen dieses Actenstück den feierlichsten Protest mit der dringenden Bitte erheben, daß diesem im Protocolle in entschiedener Weise Ausdruck und auch dem Ministerium Abschrift davon gegeben werde. Nicht für sich und in seinem Interesse spreche er, die Versammlung weiß, daß er unabhängig sei und auch ohne Amt leben könnte; er diene auch nicht um des lieben Brodes, sondern um der Ehre willen, weil er mit dem ungetheilten Vertrauen der Bevölkerung zu seinem Amte berufen wurde; Vorgänge wie die gegenwärtigen müssen aber den Muth eines jeden Beamten herabdrücken und müßte Jeder lieber es vorziehen, mit trockenem Brote sein Leben zu fristen, als in der Eigenschaft eines Beamten solch unwürdigen Beleidigungen sich ausgesetzt zu sehen. Nichtdenkwollende Eisenrufe begleiteten die Rede des wackern, allseitig geehrten Stadtrichters. Nach ihm erhob sich

Vónis, welcher in dem vorliegenden Fall zwei Beleidigungen constatirt. Die erste liege in dem Erlaß des Ministeriums, welche eine wiederholte Verhandlung über einen bereits gefaßten Beschluß anordne. Redner weiß nicht, ob man es hier bloß mit einem Stylfehler, oder mit einem wissentlich gegen die Autonomie der Stadt geführten Streich zu thun habe; im letzten Fall wäre das ein Act der Willkür, da das Ministerium dadurch, daß es eine neue Verhandlung anordne, ein Urtheil spreche, bevor es den Verurtheilten gehört, und seines Wissens gäbe es in keinem Staate ein Gesetz, wo irgend Jemand, ohne gehört zu werden, verurtheilt werden könnte. Dies sei selbst in den Zeiten des starrsten Absolutismus und der Polizeiwilkkür auch bei uns nicht der Fall gewesen. Die zweite Beleidigung liege in der Petition und diese mache ihn sehr besorgt; denn wenn aus unserem eigenen Körper solche Anklagen und Schmähungen gegen denselben gerichtet werden, so müsse dies dem ganzen Körper nur zur Schande gereichen. Was soll — fragt der Redner — aus unseren Beschläffen werden, wenn jede Minorität an die Macht appelliren wird. Die ganze Petition könne nicht anders, als eine Denunciation betrachtet werden (Lärm und große Unruhe im Saale) und sei im Ganzen lägenhaft; denn sie verrede den wahren Thatbestand schon dadurch, daß sie behauptet, der angefochtene Beschluß habe in der Stadt Aufregung und große Spaltung hervorgerufen. Wenn die Repräsentanz ihr Mißfallen über Diejenigen aussprach, welche auf ihre Stellen als Repräsentanten resignirten, was soll sie gegen solche thun, die den eigenen Körper verleumdend und anklagen und gegen die Autonomie sich verfühnen, indem sie gegen einen ordnungsmäßig gefaßten Beschluß an die Macht appelliren? Redner verliest hierauf einen schriftlichen Antrag, welcher in sehr scharfen Worten ausspricht, die Versammlung möge gegen Diejenigen, welche die falschen, verleumdenden Angaben der Petition unterzeichnet und so den Repräsentantenkörper auf das tiefste beleidigt und gegen die constitutionelle Autonomie des städt. Municipiums sich vergangen haben, ihr entschiedenes Mißfallen im Protocolle Ausdruck geben. — Schon während und nach Schluß dieser Rede erhob sich ein großer Tumult im Saale von den Vierunddreißigern und ihrem Anhange hervorgerufen. Nachdem dieser sich gelegt, erhob sich

Varjasz. Auch er sieht die Repräsentanz nach zwei Richtungen hin beleidigt, erstens durch den Erlaß des Ministeriums, wodurch die Autonomie der Stadt verletzt werde und dann durch die Petition. Die Autonomie müsse gewahrt und energisch verteidigt werden, daher auf eine neuerliche Verhandlung nicht einzugehen sei. Was die Petition betreffe, sei er überzeugt, daß die Unterzeichner aus Ueberzeugung gehandelt und das Wohl der Stadt im Auge hatten, doch mögen sie — ruft der Redner — das auch von uns glauben und sich überzeugt halten, daß auch wir aus keinem persönlichen Interesse, sondern eben auch nur in dem der Stadt gehandelt haben. Redner verliest hierauf den folgenden schriftlichen Antrag:

Da das in Folge Gesuches mehrerer Repräsentanten gegen die Erhöhung der Beamtengehältern herabgelangte Ministerialrescript die neuerliche Verhandlung und Beschlußfassung in dieser Angelegenheit ohne Einvernehmung des Repräsentantenkörpers anordnet, so wird der Repräsentantenkörper, indem er einerseits das Aufsichtsrecht der Regierung anerkennt, andererseits aber das Princip, daß Niemand, umsonst ein Municipium, ohne angehört zu werden, verurtheilt werden kann, gegen jeden Angriff, möge derselbe von woher immer kommen, zu verteidigen für seine Pflicht erkennen, und kann somit der in diesem Rescript enthaltenen Aufforderung, die in Folge einseitiger, unbegründeter, sowie unwahre Behauptungen enthaltender und mit Indignation zurückgewiesener Anklagen, mit Verletzung der Würde und

des Selbstregierungsrechtes des Repräsentantenkörpers entfallen ist, nicht entsprechen und erklärt: daß er das meritorische der Frage einer neuerlichen Verhandlung nicht unterziehen und den vorchriftsmäßig gefassten Beschluß nicht abändern kann, umfoweniger, da die h. Regierung aus den zu unterbreitenden diesfälligen Actenstücken sich über das correcte des Vorganges entsprechenden Aufschluß verschaffen und bei Gelegenheit der Prüfung des nächstjährigen Budgets, von dessen Genehmigung die Erhebung dieses Beschlusses zur Rechtskraft bedingt war und ist, entscheidend in dieser Sache verfügen kann, wodurch dann die Frage als endgiltig geschlossen betrachtet werden wird.

Barabás beginnt seine Rede mit der ihm eigenen stereotypen Einleitung, daß man es entschuldigen möge, daß er als einfacher Handwerker das Wort ergreife. — Er kommt aber nicht weiter. Die Versammlung lehnt diese Einleitung mit Entschiedenheit zurück, indem von vielen Seiten der Ruf ertönt, hier spreche kein Handwerker, sondern der Repräsentant. Nach diesem Intermezzo fährt Barabás fort und bemerkt, er habe die traurige Erfahrung gemacht, daß Alles, was von den einfachen Handwerkern in diesem Saale ausgehe, niedergeschrien werde. Möchten doch Diejenigen, welche in ihren Reden das Volk geißeln (korbácsolni) hinabsteigen in die Hütte und in die Werkstätte des Armen, damit sie sehen, wie schwer und bitter das Volk seinen Kreuzer sich verdienen. Er und seine Genossen können sich keine Diction vorher einstudieren, wie dies von Anderen geschehe und wenn die Petition nicht so verfaßt, wie es vielleicht sein sollte, dann rühre dies daher, daß sie vielleicht von einem einfachen Handwerker (???) verfaßt worden. Redner schildert nun den Stand der städtischen Verhältnisse in den düstersten Farben und beantragt schließlich, daß bis zur Regelung der Municipien durch den Reichstag Alles beim Alten bleiben soll. Mögen — so schließt der Redner — unsere Beamten noch weiter mit uns dulden, bis der Reichstag das Land und die Municipien geregelt haben wird.

Vorsitzender bemerkt dem Vordredner, er glaube ihm, daß er constitutionell gefimmt sei und die Autonomie der Stadt wolle; wenn aber dies der Fall, dann paßt es sich nicht, gegen die Autonomie die Macht anzurufen. Was die Besorgnisse Barabás' betreffe, daß durch die Gehalts erhöhungen dem Volke neue unerträgliche Lasten aufgebürdet werden würden, dann möge er doch mit dem Ausdruck dieser Besorgnisse warten, bis er sich die Ueberzeugung verschafft, daß dem in der That so sei; was schließlich dessen Mahnung an die Beamten betrifft, daß sie noch weiter „dulden“ sollen, so erlaube er sich auf einen im vorigen Monate vorgekommenen Fall hinzuweisen.

Baron Bánhidly Albert verteidigt die Petition und bemerkt, er sei zwar in der Sitzung, in welcher der Beschluß gefaßt wurde, gegen den die Petition gerichtet ist, nicht anwesend gewesen, auch könne er manchen Aufstellungen derselben nicht beistimmen, doch habe er sie mitunterzeichnet, weil er von der Aussicht ausgehe, die Stadt sei nicht in der Lage, die Mehrausgaben, welche die Gehaltserhöhungen verursachen würden, zu tragen. Den Ausdruck Boncs', daß die Petition als eine Denunciation zu betrachten sei, müsse er mit aller Entschiedenheit zurückweisen; denn das Recht zu bitten stehe jedem frei und eine offen vorgebrachte Bitte oder Beschwerde könne und dürfe nicht als Denunciation bezeichnet werden. Redner dankt schließlich Barabás für seinen verständlichen Antrag.

Boncs' replicirt, indem er die falschen Angaben der Petition nachweist, und bemerkt, er sei wohl als kein solcher Mann bekannt, der Zwietracht aussäe, im Eifer der Discussion aber könne er vielleicht zu weit gegangen sein, weshalb er auch nicht anstehe, den Ausdruck „Denunciation“ zurückzunehmen. Zu Barabás gewendet bemerkt der Redner, daß er sich doppelt wundern müsse, dessen Name auf der Petition zu finden und ihn heute so reden zu hören, da ja doch er (Barabás) selbst an der Debatte über Erhöhungen der Gehalte den lebhaftesten Antheil genommen und ganz besonders für die Erhöhung des Gehaltes des städtischen Thierarztes mit großer Wärme gesprochen habe, so zwar daß ein eigener Titel erfunden werden mußte, unter welchem diesem der Gehalt erhöht werden konnte. — Nun kommt auch der Volkskribum

Wagács an die Reihe, indem er als Einleitung um Entschuldigung bittet, daß er vielleicht die Ursache der heutigen Debatte sei, welche bescheidene Aeußerung ein homerisches Gelächter hervorruft. Nachdem dieses sich gelegt, recapitulirt der „Redner“ die ganze Geschichte der Petition, wobei ihm der Ausdruck entschlüpft, er habe in der Generalversammlung vom 23. October l. J. dem Vorsitzenden gleich auf die Ungefährlichkeit aufmerksam gemacht.

Vorsitzender unterbricht hier den „Redner“ mit der Bemerkung, daß er (Wagács) diese Aeußerung wohl nicht gemacht habe; denn hätte er sie gemacht, so hätte er, als Vorsitzender, wohl gewußt, was er zu thun habe, und auf der Stelle nachgewiesen, daß keinerlei ungesetzliche Handlung begangen worden sei, und müsse er daher diesen persönlichen Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurückweisen.

Wagács setzt hierauf seine „Rede“ unter großer Unruhe fort und schließt endlich dieselbe mit der Phrase, mit der er alle seine „Reden“ schließt und welche lautet: „szinte én is pártolom Barabás ur nézetét.“

Boros bemerkt, er habe seiner Zeit klar und deutlich seine Ansichten über die Gehaltserhöhungen ausgesprochen und sie nicht befürwortet. Die Petition habe er aus vielen Gründen nicht unterschrieben; etwas sei jedoch daran. Uebrigens möge man zwischen Repräsentanten und Repräsentanten keine Mauer aufziehen, und je mehr gesprochen werde, je mehr werden die Leidenschaften aufgeregt und die Fingel zu dieser Mauer herbeigeführt. Redner gelangt am Schluß seiner verständlichen Rede mit vielem Beifalle aufgenommenen Rede zu dem Antrage: man möge die Gehaltserhöhungen bis zu der Zeit verschieben, wo die städtischen Rechnungen in Ordnung gebracht sein werden.

Bogdányfi zieht die Körperlichkeit der Repräsentanz ebenfalls von zwei Seiten beleidigt. Erstens durch den Erlaß des Ministeriums, das ohne von uns eine Aufklärung zu fordern, eine neue Verhandlung anordnet und durch die Petition. Redner betont, daß es kaum der Wille der Unterzeichner jener Petition gewesen sein mochte, daß wir in unserer Autonomie gekränkt werden sollten; denn welche traurige Konsequenzen müßten an solchen Vorgängen sich nicht schlie-

ßen. Redner zieht den Hauptfehler der Petition darin, daß Repräsentanten gegen Repräsentanten aufgetreten und wendet sich speciell gegen Wagács und Barabás mit der Frage, ob sie glauben, daß sie mit ihrer Entfernung aus der Sitzung, deren Beschluß sie anfechten, dem Volke, das sie gewählt, einen besseren Dienst geleistet zu haben, als wenn sie geblieben, ihre Ansichten verteidigt und so vielleicht die Minorität zu einer Majorität gestalten hätten können. Redner widerlegt dann die düstern Schilderungen der städt. Verhältnisse und empfiehlt schließlich den Antrag Barabás' zur Annahme.

Lukácsy hält den Gegenstand nach allen Seiten hin genügend erörtert und habe er auch nicht aus besonderem Bedenken das Wort ergriffen, ein Präcedenzfall sei es jedoch, der ihn nöthige, das Wort zu ergreifen. In der letzten Generalversammlung habe er die Interpellation gestellt, wie so es komme, daß das Ministerium in Bezug auf die von Herrn Sólyc angekauften städt. Felder über den Erlaß derselben eine Verfügung treffen könne und ob denn die Stadt mit ihrem Vermögen nach eigenem Ermessen schalten und walten könne. Damals habe er zur Antwort erhalten, dem Ministerium stehe das Recht der Obergewalt zu und heute müsse er zu seinem Staunen sehen, wie eifrig dieselbe Partei die Autonomie in Schutz nehme und verteidige. Er führe dies nur an, damit es für die Zukunft benützt werden könne, welche Deutung der Autonomie hier gegeben werde.

Vorsitzender weist mit großer Energie den Vergleich Lukácsy's als einen durchaus unpassenden zurück; denn ein Anderes sei es, wenn das Ministerium eine Bemerkung über ein ihm überhandtes Sitzungsprotocoll mache, und ein Anderes, wenn es einen gefassten Beschluß ohne Aufklärung zu verlangen umstoße.

Nachdem nun die noch vorgemerkten Redner auf das Wort verzichteten, stellt der

Vorsitzende die Frage, ob die Versammlung die Verhandlung der Petition im Sinne des Ministerial-Erlasses wünsche oder nicht; im letzten Falle, welcher Antrag von den dreien: Boncs', Barabás und Barabás angenommen werde.

Ein unbeschreiblicher Tumult entsteht und die verschiedensten Anträge werden durcheinander geschrien. Endlich gelingt es der Energie und dem Tact des Vorsitzenden, die Ruhe herzustellen und es wird die namentliche Abstimmung über den ersten Theil der Frage beschlossen. Da lärmten und toben wieder die Vierunddreißiger und verlangen geheime Abstimmung; da — so argumentiren sie — der arme Handwerker durch eine öffentliche Abstimmung leicht eine — Kundschaft verlieren könnte. (Es sind dies die eigenen Worte des Herrn Barabás.) Endlich wird auch diese Unruhe bewältigt und es wird zur Abstimmung durch namentlichen Aufruf geschritten und ergibt diese das folgende Resultat. Die Frage: ob die Petition verhandelt werden solle, haben beantwortet mit ja (igen) die Herren:

- | | |
|---|-------------------------|
| Albrecht Ferdinand, | Gávra Sándor, |
| Dengel Antal, | Rauner Miklós; |
| mit nein (nem) haben gestimmt die Herren: | |
| Doctor Arabi, | Nicodem János, |
| Bettelheim Wilhelm, | Ormos Peter, |
| Blau Heinrich, | Páris János, |
| Bogdányfi Gergely, | Petrovits Tibadar, |
| Boncs Döme, | Prinner Carl, |
| Böfénhy János, | Ring Károly, |
| Dániel Antal, | Dr. Roth Albert, |
| Dániel Béla, | Rotter János, |
| Dániel Lázár, | Sóly Gyula, |
| Goldscheider Heinrich, | Spilka László, |
| Házy Sándor, | Szabó József (Deconom), |
| Hertich Mór, | Szalah Károly, |
| Hirschmann Josef, | Steiniger Sarkas, |
| Horváth Ferencz, | Szarka János, |
| Institutor János, | Szöke Károly, |
| Kádas Peter, | Szuster Ilés, |
| Kishalmi Ferencz, | Tomits János, |
| Kutni Majos, | Varjasy Josef, |
| Lukácsy Miklós, | Vásárhelyi Dezső, |
| Mittelman F. D., | Wallfisch Pál, |
| Nachnébel Ödön, | Winkler Vilmos, |
| Náray Imre, | Zipser Antal; |

der Abstimmung sich zu enthalten haben erklärt die Herren:

- | | |
|------------------------|-----------------------|
| Baron Bánhidly Albert, | Müller Franz, |
| Barabás Peter, | Nikolits Péter, |
| Botka János, | Papp János, (czipész) |
| Csobán Mihály, | Pápay Márton, |
| Dávidházy Sándor, | Probst Franz, |
| Friedrich György, | Rácz Ferencz, |
| Gáza Károly, | Rochel János, |
| Hofmann Ferencz, | Szendrei Josef, |
| Jzsó István, | Tabakovics János, |
| Jannitsky Antal, | Turay Antal. |
| Kopcsányi Kristof, | Vas István, |
| Lestyan János, | Voynovits B. |
| Lukács György, | Wagács Michael. |
| Mallár István, | |

Vorsitzender constatirt hierauf, daß nur Repräsentanten gestimmt, indem sämmtliche Beamten, so wie alle Honorarbeamten, auf das ihnen, nach den Bestimmungen der 1848er Gesetze zustehende Stimmrecht freiwillig für den speciellen Fall verzichteten, und daß dennoch eine so eminente Majorität für den frühern Beschluß sich ausgesprochen.

Hierauf wird der Antrag Barabás' mit Acclamation angenommen und gleichzeitig beschlossen, im Protocolle auszudrücken, daß die heutige Entschiedenheit der Beamten und Honorarbeamten von der Abstimmung keine Präcedenz für die Zukunft bilden dürfe, da dieselben nur in diesem Einen Fall und freiwillig auf ihr Stimmrecht verzichtet haben.

Dániel Lazar, beantragt, daß Vorkehrungen, respective Beschlüsse gefaßt werden müssen, welche ähnliche, die Repräsentanz demüthigende Vorgänge unmöglich machen, und über bereits gefaßte Beschlüsse nicht erneuerte Debatten zugelassen werden sollen.

Vorsitzender gibt dem Vordredner die Versicherung, daß, wenn nicht drei ganz besondere Umstände zusammengetroffen wären, nämlich die Beleidigung der Stadt durch

den Erlaß des Ministeriums, die Beleidigung des städt. Beamtenkörpers und die der Repräsentanz durch die Petition, er die Debatte nicht zugelassen hätte. In Zukunft werde er jedoch die Heiligkeit der gefassten Beschlüsse aufrecht zu erhalten wissen.

Nachdem noch einige dringende wirthschaftliche Gegenstände erledigt worden, hob der Vorsitzende die Sitzung um 7 Uhr Abends auf. — Wir erfüllen nur eine Pflicht, wenn wir dem Tact, der Energie und dem strengen Gerechtigkeits-sinn unseres geehrten Bürgermeisters, mit welchem er die stürmischen Debatten leitete, die verdiente Anerkennung öffentlich aussprechen und ihn zu dem nachhaltigen parlamentarischen Sieg, den er bei dieser Gelegenheit sich errungen, vom Herzen beglückwünschen. —

Ein neues Attentat der Fenier.

Als die englische Regierung die drei in Manchester wegen Tödtung eines Constablers verhafteten Fenier hinrichten ließ und damit dem berechtigten Verlangen der Bevölkerung genügte, konnte sie nach den Erfahrungen, die sie in ähnlichen Fällen während früherer Jahre in Europa und in neuerer Zeit in Indien gemacht, nicht annehmen, daß sie einen politischen Fehler begehen werde. Der Fenianismus ist überhaupt viel zu wenig kräftig und tritt viel zu sporadisch auf, als daß sich von einem solchen Fehler schon jetzt sprechen ließe. Immerhin aber ist durch jene Hinrichtungen das Uebel, dem man steuern wollte, nicht beseitigt worden. Der politische Fanatismus kann — vorausgesetzt, daß man nicht, wie es in Polen geschah, ganze Länder in Schlachthäuser verwandeln will — nur durch mit Strenge gepaarte weise Mäßigung, durch Belehrung, er kann nur durch Reformen gedämpft und zum Schweigen gebracht werden. Durch übermäßige Härte wird die Hitze der Schwärmer gesteigert und das Unglück vermehrt, unter welchem politisch erregte Länder leiden. Diese Lehre, welche von der Weltgeschichte unablässig allen Regierungen fruchtlos gepredigt wird, hat jetzt in England eine neue Bestätigung erhalten. Ein Telegramm aus London meldet, daß gestern Nachts neben dem Clerkenhamwell-Gefängnisse „unwesentlich durch die Fenier, beifuss Befreiung des Häftlings Burke,“ zwölf „armelige“ Häuser in die Luft gesprengt worden sind. Das Gefängniß selbst blieb unversehrt; mehrere Personen wurden getödtet und viele verwundet. Man weiß wohl, daß die Fenier verzweifelte Kerle, daß sie, zum großen Theile in der Schule der nordamerikanischen Rowdies großgezogen, zu Allem fähig sind: zu einer so ungeheuerlichen und schrecklichen Unthat, wie jetzt aus der englischen Hauptstadt berichtet wird, hätten sie sich jedoch sicherlich nicht hinreißen lassen, wenn ihre Wuth nicht bis zum Neupfersten gesteigert worden wäre, wenn sie nicht befürchten würden, daß ihrem gefangenen Führer Burke das Schicksal der in Manchester Justificirten drohe. So folgten nun den schuldigen Opfern von Manchester die unschuldigen von Clerkenhamwell, und wenn die Gerechtigkeit der Urheber der gestrigen Schandthat habhaft werden sollte, werden auch sie das Blutgerüst besteigen müssen. Wird diese Sühne aber auch den Abschluß bilden? Nach der herrschenden erbitterten Stimmung der Fenier zu schließen, kann man diese Frage nicht unbedingt bejahen.

Die gestrige Unthat der Fenier kann übrigens gar nicht nach Gebühr gebrandmarkt werden. „Armelige“ Häuser waren es, welche in die Luft gesprengt wurden; daher waren es auch „armelige“ Leute, die freventlich um ihr Eigenthum gebracht wurden, und überdies wurden viele Unschuldige dem Tode oder der Verstümmelung geweiht. Die Gewissenlosigkeit dieses Actes ist eine ungeheuerliche; um des einen schuldigen Hauptes willen hat man viele ganz Unbetheiligte dem Verderben preisgegeben. Die Fenier kämpfen jetzt nicht mehr bloß gegen die herrschenden Classen, denen sie die Schuld an dem zum großen Theile eingebildeten Unglück des „grünen Erin“ beimessen; „Paddy“ ist völlig toll geworden, er stößt um sich, wie ein wüthendes Thier, gleichviel, ob er Freund oder Feind trifft. Wir fürchten sehr, daß jetzt auch die letzte Rücksicht schwinden und die Gerichte in England nunmehr Tage heißer Arbeit erleben werden. Zunächst wird man voraussichtlich wohl aber übel den aufregenden Umzügen ein Ende machen, welche seit den Hinrichtungen von Manchester selbst die Straßen der Hauptstadt unsicher machen. Gleich allen dergleichen Attentaten wird auch das von gestern Alles eher, als die gewünschte Wirkung erzielen. Burke wird nicht frei, im Gegentheile wird in seinem Gefängnisse eine Ueberbölkerung einreißen.

Die englische Regierung geht offenbar manchen Prüfungen entgegen. Die Reformen für Irland, welche durch Jahrzehnte so laut und nachdrücklich gefordert wurden, stoßen in sehr spärlichem Maße, wodurch es geschah, daß der besonnene Theil der irischen Bevölkerung sein Gewicht niemals genügend geltend machen konnte, daß die zahlreichen abenteurernden, vagabundirenden Söhne der grünen Insel das Uebergewicht erhielten, daß jene Schwärmererei zur Herrschaft gelangen konnte, nach welcher das Heil Irlands nur in seiner Unabhängigkeit liegen, und bloß durch den katholisch-ultramontanen Zelotismus zu begründen sein sollte. Der gesunde Gedanke, daß Irland nur in seiner Vereinigung mit dem intelligenten, reichen und mächtigen England zur Blüthe gelangen könne, will jetzt in das Gehirn Paddy's nicht eindringen; der Carbonarismus und das System der Hänge-Gendarmen sind zur Herrschaft gelangt, und nunmehr möge die Regierung zusehen, wie sie der in immer verabscheuungswürdigeren Formen auftretenden Bewegung rasch Herrin wird. Das sind übrigens die natürlichen Folgen einer langen Mißregierung in Irland. Die Behandlung, welche England der irischen Insel angedeihen ließ, war von jeher eine eines freien Staates unwürdige, und nunmehr genießen die Macht-haber die bitteren Früchte von jenem Stamme, welchen sie selbst gepflanzt. Für den Continent sind diese Vorgänge in England ziemlich gleichgiltig, es wäre denn, daß man es hier und da trostreich fände, auch in der glänzenden Sonne der inneren Politik Englands schwarze Flecken entdeckt zu haben.

Neuestes.

Wien, 14. December. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragte Dr. Berger folgende motivirte Tagesordnung:

In Erwägung, daß der Staatsschulden-Vertrag mit Ungarn seiner Natur nach nicht bestimmt, für die Länder

dießseits der Zeitba die Uebnahme einer früher nicht be- standenen Rechtsverbindlichkeit gegenüber den Staatsgläubig- ern zu begründen, ferner in Erwägung, daß es dieserhalb un- nöthig erscheint, diesen feinerseits bestrittenen Satz im Re- sultationswege auszusprechen, geht das Haus über die von Dr. v. Berger beantragte Resolution zur Tagesordnung über. Nachdem dieser Antrag Dr. Berger's mit großer Majorität angenommen worden, wurde schließlich von der Majorität eine Resolution folgenden Wortlautes angenommen: Die Regierung wird aufgefordert, behufs Regelung der Finanzen dem Reichsrathe baldmöglichst eine Gesetzesvorlage zu machen.

Agram, 14. December. Die Vantagscandidaten der landeshauptstädtischen Nationalpartei sind wegen veransich- tlicher Zacherfolglosigkeit Einer nach dem Ausrufen von der Candidatur zurückgetreten. Heute noch Doctor Schram.

Berlin, 14. December. Pariser Nachrichten aus zu- verlässiger Quelle signalisiren das vollständige Scheitern der letzten französischen Conferenz Bestrebungen.

Paris, 13. December. Der „Temps“ betrachtet es als wahrscheinlich, daß der italienische Gesandte Nigra einen zeitweiligen Urlaub nehmen werde, wenn das italienische Par- lament das Botum erneuert, daß Rom die Hauptstadt Italiens sei, was wahrscheinlich ist.

Paris, 14. December. Der „Moniteur“ reproduirt die in der Nummer des „Moniteur“ vom 2. Februar 1866 veröffentlichte Note, welche die gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die Deffentlichkeit der Sitzungen des Senates und des gesetzgebenden Körpers in Erinnerung bringt.

In seinem Bulletin spricht der „Moniteur“ von der verzögerten Sitzung der italienischen Deputirtenkammer, und sagt, Menabrea habe energisch gegen die, gegen die italienische Monarchie und die französische Armee gerichteten Anschul- digungen Bertani's protestirt.

Constantinopel, 7. December. Heute wurde der Pforte, wegen Defnung der Dardanellen zur Nachtzeit, eine von beinahe sämtlichen Gesandten der fremden Mächte un- terzeichnete Note übergeben.

Constantinopel, 13. December. Es gewinnt den Anschein, daß Ali Pascha noch zwei Monate auf Candien verbleiben werde.

Athen, 7. December. Der König berief die Häupter der politischen Parteien zu einer Unterredung. Es ist das Gerücht verbreitet, daß ein Ministerwechsel bevorstehe.

A m t l i c h e s

Ueber Vertrag meines ungarischen Ministers des Innern ernenne ich den Dr. Adolf Holtán, gewesenen un- garischen Statthalterrath, zum Sectionsrath bei dem Mi- nisterium des Innern; ferner den Dr. Leopold Groß, Con- siliar bei dem Ministerium des Innern, zum Honorär-Mi- nisterialrath.

Schenbrunn, 7. December 1867.

Franz Josef m. p.

B. Béta Wenthe im n. p.,
Minister des Innern.

Das k. ung. Finanzministerium hat den Steuerbeamten in Szeps, Jakob Busch, sowie den gewesenen Geschwornen des Unger Comitates Anton Gerber, zu Officialen des Ungarischer Gefälls- und Steueramtes ernannt.

Das k. ung. Finanzministerium hat den Steueramts- Officialen in Szepes, Emil Fersch, zum Officialen des In- ner Haupt-Gefälls- und Steueramtes ernannt.

Tagesneuigkeiten.

Arad, Morgen (Mittwoch) kommt zum Vortheile der vielbeschäftigten, strebsamen Sängerin Fräulein Konti Fanny Denzetti's melodienreiche Oper „Linda di Chamounix“ zur Aufführung; bei der großen Beliebtheit, deren sich so- wohl die genannte Oper als auch die Beneficiantin bei un- serem Theaterpublikum erfreut, glauben wir derselben mit Recht ein volles Haus in Aussicht stellen zu können.

Im „Magyarország“ zeigt dessen Redacteur Pom- pery an, daß Falk, der nunmehr die Redaction des „Pester Lloyd“ übernommen habe, fernerhin für sein Blatt („Ma- gyarország“) nicht mehr schreiben werde, und daß auch er selbst (Pompéry) seine Stelle als Redacteur aufzugeben gedenke.

Aus der „allerfrühesten Quelle“ erfährt die „Pesti Posta“, daß die Gesetzentwürfe bezüglich der Armee und der ungarischen Landwehrverfassung im k. ung. Landesverteidi- gungsministerium bereits gefertigt sind. Derselben sollen bin- nen Kurzem von Sachverständigen des Reichstages und im Ministerrathe geprüft und noch während der laufenden Session, vielleicht gegen Ende des nächsten Monats, dem Reichstage unterbreitet werden.

Der Vorschlag, daß den Ministerien eine separate Buchhaltung beigegeben werden solle, ist mit einigen weni- gen Ausnahmen von Sr. Majestät genehmigt worden. Um die Ausarbeitung des mit großer Sachkenntnis angefertigten Elaborates hat sich der Vorstand der k. ungarischen Staats- buchhaltung, Herr Carl Herian, große Verdienste erworben.

Eine allerhöchste Entschliessung ermächtigt Baron Cötvös, 13,000 Gulden aus dem Unterrichtslande auf die Redaction einer Wochenschrift für Volkslehrer zu verwenden.

(Auflösung der Militärgrenze.) Unter dem Voritze des Feldmarschalls Erzherzog Albrecht trat Dienstag Abends im Kriegsministerium eine Commission zu- sammen, welche in Angelegenheit der Militärgrenze endgilt- ige Verordnungen zu machen hat. Der Commission wechelten außer den Generalen Wehmann und Fromm und vier Stabs- officieren, welche in der letzten Zeit die Militärgrenze be- reisten, die Feldmarschall-Vicentenants Gablenz und Ruffevich und mehrere Grenzficiere bei. Auf die Auflösung der Mi- litärgrenze wurde, wie das „Tagbl.“ berichtet, auch diesmal nicht eingegangen, trotzdem man dies den Grenzern schon seit 1899 — also seit 168 Jahren — versprochen hatte.

Die Auflösung der Barasiner und Peterwardeiner Grenze (3., 6. und 9. Grenz-Infanterie Regiment) wird jedoch be- fümwertet werden.

Der „Volksfreund“ producirt folgende Ministerliste: Ministerpräsident: Ruzsa Carlos Auersperg; Inneres: Graf Taaffe; Justiz: Berger; Cultus und Unterricht: Hasner; Handel: Gieska. Herbst, heißt es, werde Präsident des Reichsrathes mit Sitz und Stimme im Ministerrathe, Gab-

len; Kriegsminister.) Die Ernennung soll noch vor dem 20. d., das heißt, vor der Vertagung des Reichsrathes publicirt werden.

Der auch in ernster Zeit stets heitere „Figaro“ bringt unter anderen gelungenen Artikeln auch den nachstehen- den: Das Gesetz zum „Schutze“ des Briefgeheimnisses nach der dritten Lesung im Herrenhause. §. 1. In Friedenszeiten dürfen Briefe nur durch Beamte des „schwarzen Cabinets“, und zwar in möglichst unentwerflicher Weise geöffnet werden. §. 2. Im Falle einer Kriegsgefahr können die Briefe ganz ungenirt geöffnet und gelesen werden. §. 3. Kriegsgefahr ist immer am Schlusse des Jahres vorhanden, wenn man über die Neujahrserede des Kaisers Napoleon nicht im Klaren ist. §. 4. Kriegsgefahr tritt jeden Frühling ein, da die meisten Kriege in dieser Jahreszeit beginnen. §. 5. Hohe Kriegsge- fahr ist im Sommer und Herbst vorhanden, da in diesen Jahreszeiten gewöhnlich zahlreiche Fürstentumskünfte statt- finden. §. 6. Kriegsgefahr ist stets vorhanden, wenn die Courte der Pariser oder Wiener Börse fallen, weil diese Courte immer fallen, sobald eine Kriegsgefahr vorhanden ist. §. 7. Noch größere Kriegsgefahr ist dann vorhanden, wenn ein Comet oder ein großes Meteor am Himmel erscheint. §. 8. Uebrigens steht es jedem Postbeamten oder Briefträger frei, in einzelnen Fällen zu entscheiden, ob eine Kriegsgefahr vorhanden sei oder nicht, d. h. ob er einen Brief öffnen könne oder nicht.

In der Affaire Chorinsky wurden in den letzten Tagen so widersprechende Mittheilungen gemacht, daß die nachfolgenden Details, die den processualen Sachverhalt authentisch darlegen, zur Orientirung der Leser von Wichtig- keit sind. Fräulein de Ebergényi, welche von Wiener Blättern wie unermüdlich in Chorinsky-Notizen sind fast tag- täglich zum Verhöre gestellt wird, wurde thatsächlich seit ihrem ersten Verhöre, in welchem sie den Mord entschieden leugnete, nicht weiter verhört. Es kam daher weder von einem Geständnisse, noch von einem Zurückziehen desselben die Rede sein. Die Methode der Untersuchung geht dahin, alle möglichen Inzichten und Beweismittel gegen die Verhaf- tete zu sammeln und erst dann, mit diesen versehen, die Eber- gényi zum zweiten Verhöre zu rufen. Man glaubt in richter- lichen Kreisen, daß die Wucht der gesammelten Ueberweisungs- mittel und die überwältigende Macht der Beweise, welche man ihr vorzuhalten gedenkt, den Trost der Verhafteten endlich brechen und sie zum Geständnisse bringen werden. — Wie ich weiteres vernehme, hat die in Ungarn weitläufige Familie Ebergényi ein Schreiben an das Wiener Landesge- richt gerichtet, in welchem sie den Wunsch anzeigt, nach ab- geschlossener Untersuchung für Julie de Ebergényi selbst einen Vertheidiger beizusetzen zu dürfen. Die Familie zeigt ferner an, daß sie diesfalls bereits Schritte eingeleitet habe.

(Livingstone.) Ueber Livingstone's Schicksal bringt, von uns bereits kurz erwähnt, ein Brief von Dr. Kirk in Zanibar, datirt vom 11. October, an den Präsi- denten der Londoner geographischen Gesellschaft zwar nichts Neues, aber doch eine Wiederholung der letzten Nachrichten von daher, die wie eine günstige Bestätigung der guten Bot- schaft klingt. Dr. Kirk und der Consul Churchill haben einen der Händler aufgesucht, die nach Aussage des früher er- wönten Cameltreibers von derselben, Carawane, den wei- ßen Mann gesprochen haben sollten. Er gibt eine Beschrei- bung, die dem Aeußeren Livingstone's ganz entspricht. Von mäßiger Größe, nicht unterseht, bekleidet mit weißem Rock und Beinkleidern und einer dunklen Tuchmütze, letztere zu- weilen mit einem weißen Schleier umwunden, das stimmt vollständig überein, ebenso wie der Bart und die Bemerkung, der Reisende habe die Siacheli-Sprache nur mangelhaft und „mit dem Njassa-Dialect wie Dr. Kirk“ gesprochen. Der Hauptling, bei dem der Fremde fünf Tage verweilte, wurde von ihm beschenkt, und Bunte, der Führer einer anderen Carawane, die in Monatsfrist an der Küste erwart- et wurde, nahm einen Brief dorthin mit. Der Reisende hatte mehrere Instrumente und seine Begleiter trugen Riemen, Säcke und andere Artikel, nicht zum Handel bestimmt, so daß man sich fragt: wenn der Mann nicht Livingstone war, wer soll es denn gewesen sein?

Handels- und Börsennachrichten.

W. G. Wien, 14. December. (Getreide.) Anknüpfend an unseren Dienstagsbericht haben die in denselben festgehaltenen Ansichten in der Zwischenzeit sich weiterhin als begründet bewährt. Alle Märkte sind wieder zur festeren Haltung gelangt und zeigen zum Theil nicht unbedeutende Erhöhungen an, im Inlande namentlich Triest und Pest, im Auslande Berlin und Paris. Vorräthe können sich bei den Hemmungen im Transportwesen nirgends anhäufen. Die abermals gestiegenen Mehlpreise in Paris geben Zeugnis von der fortwährenden Knappheit der Bestände, die sich am 1. November mit 86,314 Ctr. gegen 603,449 in der glei- chen vorjährigen Periode besizerten. Trotz der enormen Mehreinfuhr in England, die schon bis Ende September mit 24,509,309 D. Weizen gegen 16,721,363 und mit 958,900 Ctr. Mehl gegen nur 16,600 Ctr. in der gleichen vorjährigen Periode herausgestellt wird, erscheint England noch fortwährend als Käufer an den Hauptplätzen, nament- lich in Triest, das im Monat November von den im Ganzen exportirten 355,000 St. Weizen 242,285 nach England und 59,467 nach Frankreich verfrachtet hat. Und welchen Werth letztgedachtes Land auf die österreichische Ausfuhr legt, zeigt sich neuerdings darin, daß Herr Delatre im Auf- trage des französischen Handelsministeriums nach Wien, Pest und Triest reist, um sich über diesen Gegenstand zu unter- richten und der Regelmäßigkeit der Zufuhr Vorschub zu leisten. Feste Preise bei beschränkten Umsätzen sind wohl auch für die nächsten Tage zu erwarten.

Wiener Fruchtbörse. Das Geschäft an der heuti- gen Fruchtbörse gestaltete sich etwas lebhafter. Weizen, Prima-Waare, wurde um 5 bis 10 kr. besser verkauft als in der Vorwoche. Die übrigen Körnergattungen wurden zu unveränderten Preisen abgegeben.

Weizen: Maroscher l. Raab 89Pfd. fl. 7.20—7.25, Banater l. Pest 89Pfd. fl. 7, slovakischer l. Wien 87Pfd. fl. 6.85 pr. Caffee, Banater l. Raab 89Pfd. fl. 7.25, Korn: österr. l. Wien 84Pfd. fl. 5.10, ungar. l. Wien 80Pfd. fl. 4.75; Gerste: mähr. l. Wien 72Pfd. fl. 4, slovakische l. Wien 71Pfd. fl. 3.70; Hafer: Ungar. transitio 44—46Pfd. fl. 2.05 bis fl. 2.10, 47—48Pfd. fl. 2.14—2.18, 48—50- pfd. fl. 2.27—2.30. Umsatz in Weizen 20,000 Metzen.

Mehlpreise in österr. Währung per Wiener Centner mit Verzehrungssteuer.

| Weizenmehl | | Kornmehl | | | | | | |
|------------|-------|----------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Nr. 0 | Nr. 1 | Nr. 2 | Nr. 3 | Nr. 4 | Nr. 5 | Nr. 0 | Nr. 1 | Nr. 2 |
| 15.50 | 14.50 | 13.— | 10.25 | 8.75 | 7.75 | 10.50 | 9.25 | 7.75 |
| 16.50 | 15.50 | 14.— | 11.25 | 10.— | 8.75 | 11.50 | 10.25 | 8.75 |
| 16.75 | 16.— | 14.— | 12.— | 10.75 | 9.50 | — | — | — |
| 16.75 | 15.75 | 14.25 | 12.— | 11.— | 10.— | — | — | — |
| 16.75 | 16.— | 14.25 | 12.— | 11.25 | 10.50 | 12.50 | 11.50 | 10.— |

Schluss-Course der Wiener Börse vom 14. December.

| Staatsfonds. | | Gold. | | Silber | |
|----------------------|------------------|-------|-------|--------|-------|
| 5 pCt. in öst. Währ. | 5 pCt. Metalliq. | Gold. | Waare | Gold. | Waare |
| 52.50 | 52.75 | 50.— | 50.50 | — | — |
| 56.80 | 56.90 | 43.75 | 44.25 | — | — |
| 88.75 | 89.20 | 33.— | 33.50 | — | — |
| 57.— | 57.50 | 27.50 | 28.— | — | — |
| 55.60 | 55.80 | 11.— | 11.10 | — | — |

| In Silber verz. Fonds. | | Staatslose. | |
|------------------------|---------------------|-----------------|-------|
| 5 pCt. Nat. Oct.-Coup. | 5 pCt. Anleihe 1864 | 1860 zu Fünftel | 90.50 |
| 65.25 | 65.50 | 1860 Ganz | 91.— |
| 65.25 | 65.50 | 1864 Ganz | 74.80 |
| — | — | Com.-Anleihe | 21.50 |
| — | — | — | 22.— |

| Grundentl.-Oblig. | |
|-------------------|-------|
| 70.— | 76.50 |
| 70.— | 76.50 |
| 70.25 | 70.75 |
| 64.25 | 64.75 |

| Eisenbahngactien. | |
|------------------------------|--------|
| Nordbahn | 175.50 |
| Nordbahn | 175.50 |
| Staatsbahn | 239.60 |
| Südbahn | 171.50 |
| Elisabeth-Westbahn | 140.50 |
| Gal.-Carl-Ludw.-Bahn | 204.50 |
| Germontiner | 168.— |
| Böhmische Westbahn | 148.50 |
| Hardeberg-Neudorf | 133.— |
| Zeitzbahn (70 pCt. Einzahl.) | 147.— |

| Bankpandbriefe. | |
|---------------------------|-------|
| National öst. Anst. verl. | 92.— |
| National öst. Anst. verl. | 92.— |
| Gal.-Cred.-Anst. 4pCt. | 78.— |
| Ungar. B.-Cred.-Anst. | 89.90 |

| Bank- und Industrieactien. | |
|-------------------------------|--------|
| Creditactien | 184.80 |
| Creditactien | 184.80 |
| Ungar. Creditactien | 80.75 |
| Anglo-österr. Bank | 109.50 |
| Banfacien | 675.— |
| Deft. Bodencred. für 80 Silb. | 158.— |
| Comptoiranstalt | 516.— |

| W e i s e. | |
|-----------------|-------|
| Credit | 129.— |
| Credit | 129.— |
| Dampfschiff | 86.— |
| Ernter | 118.— |
| Wette a. H. 59. | 54.— |
| Kürst. Erbprin. | 118.— |
| Salz | 31.— |
| Kürst. Palfy | 24.25 |

| W e c h s e l. | |
|-----------------------|--------|
| Augsburg, für 100 fl. | 100.80 |
| Augsburg, für 100 fl. | 100.80 |
| Frankfurt 100 fl. | 101.— |
| Hamburg 100 B. | 90.— |

| Comptanten. | |
|----------------------|-------|
| Kronen | 16.60 |
| Kronen | 16.60 |
| 10. Münz-Dukaten | 5.73 |
| Rand. | 5.73 |
| Napoleonsd'or | 9.75 |
| Russische Imperials. | 9.79 |

Wien, 14. December. Die Börse mit mitteren Cour- sen eröffnend, beruhigte sich bald darauf auf die Meldung, daß Abgeordnetenhaus sei über den Pragerischen Antrag zur met- wirtlichen Tagesordnung übergegangen. Gleichwohl nahm die un- günstige Einwirkung auf Staatspapiere im weiteren Verlaufe wieder zu, als man vernahm, daß die Annahme des Ma- joritätsantrages und der Tagesordnung die Verwerfung der von Dr. Berger in Vorschlag gebrachten Resolution nicht in- voloire. Staatspapiere wurden sehr flau und fielen durch- schnittlich um 1/2 pCt., wobei allerdings die Verkäufe der Spe- culation den stärksten Impuls gaben, Creditactien wurden mit fl. 1—1 1/2 mitgezogen, Anglo-öst. Act. stiegen aber um 1 fl. Auch Grundentlastungsobl. wenig verändert und niederschr. und böhmische sogar höher begehrt, Staatsbahn und Lomb. fl. 1—1 1/2 billiger, andere Eisenb. behauptet, Fünftelröhen- Bares. fortwährend mit 243 begehrt, Prioritäten zum Theil besser. Fremde Valuten etwas steifer, erhöhten sich jedoch nur um 1/2 pCt.

Theater.

Heute Dienstag den 17. December l. J.,
Az utvaltozott macska.
(Die verwandelte Katze.)
Komische Operette im 1 Act. Musik von Offenbach.
Diesem geht vor, zum erstenmale:
Nem tud olvasni.
(Er kann nicht lesen.)
Lustspiel in 1 Act, aus dem Deutschen übersezt von Danon.
Morgen Mittwoch den 18. December l. J.
zum Vortheile der Sängerin Konti Fani.
L I N D A.
Romantische Oper in 3 Acten, von Romani, übersezt von Garenin
Wien. Musik von Donizetti.

| Telegraphirter Cours der Staatspapiere in Wien vom 16. December 1867. | |
|---|--------|
| 5% Metalliques | 55.30 |
| 5% Metalliques mit Mai- und November-Zinsen | 57.40 |
| 5% National-Anlehen | 64.80 |
| 1860. Staatsanleihe | 81.15 |
| Banfacien | 673.— |
| Creditactien | 184.30 |

| Wechsel-Cours. | |
|----------------|--------|
| London | 121.35 |
| Silber | 119.25 |
| Ducaten | 5.16 |

Redaction, Druck und Verlag von G. Goldscheider.
Hauptplatz, im Winkler'schen Neugebäude.